

Zusatzfragebogen Lernförderung

1. Anlage zum Antrag Lernförderung für das Schuljahr _____

Teil I (vom/ von der Antragsteller/in auszufüllen)

Name, Vorname des Schülers, der Schülerin	
Geburtsdatum	
Anschrift	
Schule	
Klasse	

Name, Vorname des Erziehungsberechtigten	
Anschrift	

Der Antragsteller/ die Antragstellerin gehört zum Kreis der Berechtigten:

SGB II (Arbeitslosengeld II)

SGBXII

Asylleistungen

Wohngeld/ Kinderzuschlag

Ich/ mein Sohn / meine Tochter benötige / benötigt **zusätzliche außerschulische** Lernförderung, da die erforderliche Förderung in der Schule nicht erbracht werden kann. Ich beantrage daher die Übernahme der Kosten für die zusätzliche Lernförderung in den folgenden Fächern:

Fach 1 : _____	Fach 2 : _____
Fach 3 : _____	

Es handelt sich um:

einen Erstantrag

einen Folgeantrag

Ich bin damit einverstanden, dass die Schule das Vorliegen der Voraussetzungen bestätigt und willige insoweit ein, dass die Schule dem zuständigen Sozialleistungsträger die entsprechenden personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt. Ich entbinde die Lehrer/-innen bezüglich des Leistungsstandes von der Schweigepflicht.

Ich habe keine Leistungen nach dem SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche) beantragt oder erhalten.

Für den Fall eines Antrages im Hinblick auf eine durch Unfall oder längere Krankheit bedingte Nicht-Teilnahme am Unterricht für eine Dauer von sechs Wochen oder mehr füge ich ein ärztliches Attest bei.

Die Lernförderung soll durchgeführt werden durch:

Name, Vorname bzw. Name der Einrichtung	
Anschrift	

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in
Gesetzliche(r) Vertreter(in) bei Minderjährigen

Teil II (Bestätigung der Schule zum Antrag)

(Teil II ist nur von der Schule auszufüllen und an die zuständige BuT-Stelle zu übersenden:
bei Leistungen nach dem SGB II: E-Mail jobcenter-oberhausen.but@jobcenter-ge.de
bei Leistungen nach dem SGB XII, Asylleistungen, Wohngeld oder Kinderzuschlag: Bildung-und-teilhabe@oberhausen.de)

Name, Vorname des Schülers, der Schülerin	
--	--

Das Schulgesetz (§ 2 Abs. 8) spricht jeder Schülerin und jedem Schüler das Recht auf individuelle Förderung zu. Wenn die erforderliche Förderung in der Schule nicht erbracht werden kann, kann gemäß § 28 Abs. 5 SGB II sowie § 34 (5) SGB XII für Schülerinnen und Schüler eine ergänzende angemessene Lernförderung zu den schulischen Angeboten berücksichtigt werden, soweit diese **geeignet und zusätzlich erforderlich ist**, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.

Es besteht ein Bedarf an zusätzlicher Lernförderung in den folgenden Fächern:

Fach 1: _____	<small>(bei Vorliegen einer Benotung)</small>	letzte Zeugnisnote _____, derzeitige Tendenz _____
Fach 2: _____		letzte Zeugnisnote _____, derzeitige Tendenz _____
Fach 3: _____		letzte Zeugnisnote _____, derzeitige Tendenz _____
(Leere Felder sind zu entwerten)		

Der zeitliche Umfang der Maßnahme muss für das Kind leistbar sein. Zur Vermeidung einer unverträglichen Mehrbelastung des/der Schülers/in ist die außerschulische Lernförderung **in der Regel bis zu 2 Fächern** möglich. Im Einzelfall und bei entsprechender Begründung kann davon abgewichen werden.

Begründung des Bedarfs

- **Vorliegen einer Versetzungsgefährdung:**

zwei Klassenarbeiten aus dem laufenden Schulhalbjahr mit den Noten „mangelhaft“ oder eine Klassenarbeit mit der Note „ungenügend“ je Fach

Vorliegen einer Benachrichtigung der Schule („blauer Brief“)

Hinweis auf dem Halbjahreszeugnis über eine Versetzungsgefährdung

- **Die Erreichung eines höheren Leistungsniveaus**

Aufarbeitung der Defizite aus dem letzten Schuljahr

- **In Abschussklassen weiterführender Schulen:**

Erreichung einer besseren Schulform-Empfehlung

Verbesserung der Chancen auf Erlangung eines Ausbildungs-/ Studienplatzes

Nachholbedarf durch längere Unfall oder Krankheit bedingte Nicht-Teilnahme am Unterricht für eine Dauer von sechs Wochen oder mehr

Sonstiges:

Begründung außerhalb des Regelfalls

Die bisher erfolgte Lernförderung war nicht ausreichend, bei weiterer Inanspruchnahme der zusätzlichen Lernförderung ist nach derzeitigem Stand von Erfolg auszugehen (Folgeantrag)

Die Leistungsschwäche ist auf unentschuldigtes Fehlen und/ oder vergleichbare Ursachen zurückzuführen, trotzdem soll Lernförderung durchgeführt werden
(Begründung evtl. Beiblatt zufügen):

Sonstiges:

Eine Einzelförderung ist notwendig.

Empfohlener Umfang der Lernförderung (in der Regel maximal 35 Zeitstunden pro Schuljahr):

15 Zeitstunden 25 Zeitstunden 35 Zeitstunden _____

Bei einem Folgeantrag:

weitere 10 Zeitstunden 20 Zeitstunden _____

Vorrangigkeit anderer Leistungen von Schule und Jugendhilfe:

Hiermit wird bestätigt, dass:

- im Falle einer unfall- oder krankheitsbedingten Abwesenheit vom Unterricht keine Möglichkeit gemäß § 21 SchulG NRW besteht.
- ein Antrag auf Leistungen nach dem SGB VIII nach Kenntnis der Schule nicht gestellt wurde.
- entsprechende Lernförderung in der Schule nicht angeboten wird bzw. die bestehenden schulischen Angebote von der Schülerin/dem Schüler bereits in Anspruch genommen wurden bzw. bereits ausgeschöpft worden sind.
- bei Wahrnehmung der zusätzlichen Lernförderung nach derzeitigem Stand von Erfolg auszugehen ist.

Ansprechpartner bei Rückfragen	
Telefonnummer	

Ort, Datum

Stempel der Schule und Unterschrift (Schulleitung)

Teil III -1- (Bestätigung des Lernförderanbieters)

Bei folgendem Kind wird Lernförderung erteilt:

Name, Vorname des Schülers, der Schülerin		
Name, Vorname bzw. Name der Einrichtung		
Anschrift		
Ansprechpartner/in bei Einrichtungen		
Telefon-/ Handynummer		
E-Mail-Adresse		
Bankverbindung	IBAN:	
	BIC:	
Nachhilfe/ Lernförderung wird erteilt in den Fächern/ dem Fach	1.)	2.)
	3.)	_____
<p>Es entstehen Kosten in Höhe von _____ EUR je Unterrichtseinheit.</p> <p>Die Größe bei Gruppenförderung beträgt max. _____ Teilnehmer.</p> <p>Eine Unterrichtseinheit dauert _____ Minuten.</p>		

Hiermit erkläre ich, dass ich meine Einkünfte als Anbieter/ Anbieterin von Lernförderung in meiner Steuerklärung gegenüber dem Finanzamt im Rahmen der steuerrechtlichen Vorschriften anzugeben habe.

Die in dieser Erklärung enthaltenen Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Die Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis 65 SGB I und der §§ 67 a,b,c, SGB X für die Leistungen zur Bildung und Teilhabe erhoben, gespeichert und verarbeitet.

Hiermit willige ich ein, dass die Information über mein Angebot - einschließlich der personenbezogenen Daten (z. B. Ansprechpartner, Anschrift) - gemeinsam mit den Angeboten anderer Leistungsanbieter an Leistungsberechtigte und Schulen weitergegeben wird. Dies erfolgt zu dem Zweck, dem Leistungsberechtigten einen Überblick über das zur Verfügung stehende Angebot zu verschaffen.

Ort, Datum

Unterschrift und ggf. Stempel der Einrichtung

Teil III.2 a (am Anfang jedes Schuljahres einmal einzureichen)

Bei der Anbieterin/ dem Anbieter handelt es sich um

eine Einzelperson

Meine Qualifikation für die Erteilung von Lernförderung in den vorgenannten Fächern liegt vor, weil

ich Schülerin/ Schüler der Klasse _____ der Schule _____ bin und für die oben genannten Fächer im letzten Zeugnis mit gut oder sehr gut benotet wurde.

ich die Hochschulreife erworben habe und für die oben genannten Fächer im letzten Zeugnis mit gut oder sehr gut benotet wurde.

ich Studentin/ Student im Fach _____ bin.

ich über einen Studienabschluss (Lehramt) in den oben genannten Fächern verfüge

Unterrichtsinhalte:

Es wird Rücksprache mit der Schule über die vorhandenen Defizite genommen.

Die Unterrichtsinhalte werden individuell auf den jeweiligen Schüler abgestimmt.

Die Förderinhalte und Förderfortschritte werden dokumentiert.

Folgende Unterlagen sind von Ihnen mit dem ausgefüllten Vordruck als Anlage einzureichen:

- Aktueller Lebenslauf liegt bereits vor
- Nachweis über die fachliche Eignung liegt bereits vor
(Vorlage von Berufsabschlüssen, Schulleistungen, Immatrikulationsbescheinigung, Prüfleistungen aus dem Studium)
- Erweitertes Führungszeugnis (nicht älter als 2 Jahre) liegt bereits vor

Verpflichtungserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich keiner Sekte oder verfassungsfeindlicher Organisation angehöre.

Ort, Datum

Unterschrift

Teil III.2 b (am Anfang jedes Schuljahres einmal einzureichen)

Bei der Anbieterin/ dem Anbieter handelt es sich um

einen eingetragenen Verein

ein gewerbliches Unternehmen

Rechtsform: _____

Die Gemeinnützigkeit ist vom Finanzamt anerkannt.

Es handelt sich um einen anerkannten Träger der Weiterbildung.

Es handelt sich um einen Wohlfahrtsverband.

Unterrichtsinhalte:

Es wird Rücksprache mit der Schule über die vorhandenen Defizite genommen.

Die Unterrichtsinhalte werden individuell auf den jeweiligen Schüler abgestimmt.

Die Förderinhalte und Förderfortschritte werden dokumentiert.

Folgende Unterlagen sind von Ihnen mit dem ausgefüllten Vordruck als Anlage einzureichen:

- Beschreibung bzw. Konzept zur Umsetzung der Lernförderung liegt bereits vor
- Erklärung, dass über alle eingesetzten Mitarbeiter ein erweitertes Führungszeugnis vorliegt liegt bereits vor
- Erklärung, dass eine Verpflichtungserklärung der Mitarbeiter vorliegt, dass sie keiner verfassungsfeindlicher Organisation oder Sekte angehören. liegt bereits vor
- Erklärung, dass die Mitarbeiter, die Lernförderung durchführen, über die durch den Leistungsträger festgelegten Qualifikationen verfügen liegt bereits vor

Infos für den Leistungsanbieter

Bitten lassen Sie sich vom Antragsteller den Bewilligungsbescheid vorlegen.

Der darin bewilligte Stundenumfang wird dann mit der jeweils bewilligenden Stelle direkt abgerechnet. Die bewilligende Stelle entnehmen Sie aus dem Bewilligungsbescheid. Es ist eine Rechnung für jeden leistungsberechtigten Schüler für den gesamten Monat einzureichen. In der Rechnung sind die Unterrichtstage, die geleisteten Stunden pro Fach, die entsprechenden Kosten sowie der Gesamtbetrag aufzuführen.

Gemäß § 30 a Abs. 1 Nr. 2 Bundeszentralregister wird auf Antrag ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis erteilt, wenn jemand eine sonstige berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit oder Ausbildung oder eine vergleichbare Tätigkeit aufnimmt, mit der er Kontakt zu Minderjährigen hat. In diesem Sinne besteht vorliegend zum Zwecke der Geeignetheitsprüfung das Erfordernis zur Vorlage eines aktuellen erweiterten Führungszeugnisses.

Qualifikation der Mitarbeiter:

Nachhilfe in der Primarstufe und Sekundarstufe I:

Die Lehrkraft soll das betreffende Fach (z.B. Mathematik) mit guten Noten belegt haben.

Nachhilfe in der Sekundarstufe II:

Die Lehrkraft soll mindestens 2 Hochschulsemester mit Fachbezug erfolgreich abgeschlossen haben.

Grundsätzlich entscheidet die Kommune bzw. das Jobcenter über die Geeignetheit der einzelnen Anbieter. Dabei ist das Wahlrecht der Antragssteller nach Möglichkeit vorrangig zu berücksichtigen.